



Antworten der Parteien: „Schuldenbremse wichtiger“

Im Bundestagswahlkampf haben sich die politischen Parteien mit Vorschlägen zur Inneren Sicherheit gegenseitig überboten. Die GdP wollte von den Landesparteien wissen, ob wir mit handfesten Verbesserungen zu rechnen haben oder ob die verbale Wertschätzung für das Thema Sicherheit und die in der Polizei beschäftigten Menschen lediglich einem Wahlkampfstrohfeuer geschuldet war.

Die Antworten der Parteien – obwohl an manchen Stellen erstaunlich kurz – können hier nicht komplett abgedruckt werden. Die Redaktion DP bietet hier eine Zusammenfassung und Bewertung an. Die Volltextfassung stellen wir auf die Website der GdP.

Personal

Bei den ersten Fragen ging es um Personal:

Für das Jahr 2021 ist von der Regierungskoalition festgelegt, dass 9161 (VZÄ) Polizistinnen und Polizisten zur Verfügung stehen müssten. Halten Sie diese Zahl, gemessen an den steigenden Aufgaben und Zuständigkeiten, für ausreichend?

Sind Sie bereit, in anstehenden Haushalten dafür Sorge zu tragen, dass zusätzliche Tarif- und Verwaltungsstellen zur Verfügung gestellt werden, um Polizistinnen und Polizisten für ihre eigentlichen Aufgaben freizusetzen?

GdP: Erfreulich erwartungsgemäß folgt die Opposition, also die CDU, den Forderungen der GdP. Sie erkennt den Bedarf an hohen Einstellungszahlen an, da es ja auch jedes Jahr hohe Abgänge zu verzeichnen gibt und will bei 9500 Vollzeitäquivalenten (VZÄ) im Jahr 2021 landen. Hierzu ist sie auch bereit, mehr Tarif- und Verwaltungsstellen zu schaffen, damit sich die Polizei mehr um ihre Kernaufgaben kümmern kann.

Der FDP genügen 9161 VZÄ im Jahr 2021, um der verschärften Sicherheitslage Herr zu werden, den Grünen ebenso, die sich auch dafür loben, bislang alle Personalsteigerungen mitgetragen zu haben.

So sieht es auch die SPD, die davon ausgeht, dass damit der Bedarf für die

gestiegenen Anforderungen im Bereich Internationaler Terrorismus, Cyberkriminalität und schwere allgemeine Kriminalität abgedeckt ist. Sie ergänzt, dass damit der Personalbestand Ende 2021 um 260 Personen höher läge als zum 1. 1. 2018. Das entspricht bei 101 Dienststellen landesweit, bei denen Wechselschichtdienst verrichtet wird, grob 2,5 Beamte mehr pro Dienststelle. Ob das hilft?

Alle drei Parteien der Ampel-Regierung befürworten die vermehrte Schaffung von Tarifstellen, um die Polizistinnen und Polizisten auch in ihrem originären Bereich einsetzen zu können. Scheint als wäre dieses Argument zu einschlägig, um es zu bemängeln.

Besoldung und Zulagen

Im Zweiten Block ging es um eine Rückkehr zu einer bundesweit einheitlichen Besoldung, um die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage und den Verzicht auf Verrechnung mit der WSD-Zulage. Schließlich war eine Haltung zur Zulage für „DUZ“ – Dienst zu ungünstigen Zeiten – gefragt.

GdP: Rheinland-Pfalz liegt bei der Beamtenbesoldung im Vergleich mit den anderen Bundesländern und dem Bund weit hinten. Unsere Alimentation ist gerade noch verfassungsgemäß. Zuletzt hat das Land Brandenburg Verbesserungen eingeführt, wie die Freie Heilfürsorge ab 2018 für alle Beamtinnen und Beamten und eine Zulage für die Bereitschaftspolizei. Der Bund hat schrittweise die volle Gewährung der WSD-Zulage umgesetzt, dort gibt es eine Polizeizulage und eine WSD-Zulage ohne gegenseitige Anrechnung. Berlin wird in den nächsten drei Jahren zwei Milliarden Euro zur Verbesserung der Besoldungssituation in die Hand nehmen.

Hier bei uns in Rheinland-Pfalz tut sich seit langer Zeit frustrierend wenig. Die „DUZ“ wurde geringfügig angehoben, nach 25 Jahren gleichbleibender Beträge wurden alle drei Kategorien angehoben, aber keine aus unserer Sicht deutlich und damit angemessen. Die Dynamisierung des Sonn- und Feiertag-DUZ fiel weg, ohne dass es die Parlamentarier erfahren hätten. Wie soll das weitergehen?

Bei der Besoldung räumt die CDU eine uneingeschränkte Übernahme des Tarifergebnisses für die Beamtinnen und Beamten ein. Sie will sich für eine Angleichung an den Bund und andere Länder einsetzen.

Die SPD will hier erst prüfen, ob die finanziellen Möglichkeiten vorliegen und dann die Abschlüsse der Tarifgemeinschaft der Länder möglicherweise übernehmen. Mit weitergehenden Steigerungen soll sich erst bei der nächsten Bezügeanpassung befasst werden, also frühestens 2019.

Die FDP formuliert etwas offener, auch hier soll die Einhaltung der Schuldenbremse Priorität haben, weiteren Überprüfungen zur besseren Besoldung stehe man aber positiv gegenüber.



Durchaus zugewandt formulieren es die Grünen, sie tragen gemäß dem Koalitionsvertrag die Übernahme der Ergebnisse der Tarifverhandlungen, werben aber um Verständnis, dass sie keine Zusage darüber hinaus machen. Es gehe um die Verantwortung gegenüber zukünftiger Generationen. Außerdem ergänzen sie, dass die Polizei an Attraktivität gewinnen könnte, wenn sie z. B. flexible Arbeitszeit, einfachere Möglichkeiten des Wechsels aus und in das Beamtenverhältnis und eine Einführung eines Lebensarbeitszeitkontos nutzen würde.

Deutliche Diskrepanz zum Bund

Bei der Frage, die sich mit dem Zulagenwesen (Polizeizulage, Ruhegehaltfähigkeit und Dynamisierung der Polizeizulage) befasst, macht die CDU wie schon bei der Besoldung auf die deutliche Diskrepanz z. B. zum Bund aufmerksam und kritisiert hierfür die SPD. Sie äußert den politischen Willen, hier zu handeln. Die CDU räumt ein, dies nicht auf einmal tun zu können, sondern schrittweise vorgehen zu wollen.

Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage

Die Sozialdemokraten lehnen eine Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage ab. Dies begründen sie damit, dass es sich um eine Stellenzulage handele, die mit dem Eintritt in den Ruhestand gemäß Landesbesoldungsgesetz nicht mehr gewährt werden dürfe.

Nun, Gesetze kann der Gesetzgeber ja ändern, wenn er möchte.

Ferner sieht die SPD für eine Anhebung und Dynamisierung der Polizeizulage schlicht keinen Anlass, die Ruhegehaltfähigkeit der Polizeizulage käme nicht infrage. Weiter ausgeführt wird das nicht.

Eine ähnliche Begründung zur Ruhegehaltfähigkeit wie die SPD führen auch die Grünen an, nur ausführlicher. Auch diese Begründung basiert darauf, dass die Belastung mit dem Eintritt in den Ruhestand aufhört.

Das sieht die GdP ganz anders. Die gemachten Erfahrungen, die Erinnerung an brutale Bilder, die erfahrenen körperlichen und psychischen Belastungen lassen sich nicht, mit dem Auskleiden nach der aktiven Zeit, einfach ablegen.

Anders sieht es die FDP, die alle Zulagenfragen im Block beantwortet. Sie beschreibt, dass die Polizeizulage ruhegehaltfähig werden sollte. Hierzu ergänzt sie weitere Punkte, wie der öffentliche Dienst ein attraktiver Arbeitgeber werden kann, z. B. durch eine angemessene Besoldung, eine ehrliche Aufgabenkritik und genügend Aufstiegsperspektiven.

ten in Richtung Bund, wollen sich für eine Verbesserung einsetzen.

Dienst zu ungünstigen Zeiten

Beim Thema DUZ erachtet die CDU eine Anhebung als geboten, auch hier wird der Bund angeführt. Zum Vergleich: Dort werden Sonntag und Feiertags 5,13 € gezahlt, das ist bundesweit derzeit der höchste Betrag. Ferner kritisiert die CDU die fehlende Information der Parlamentarier über die Abschaffung der Dynamisierung des Sonntag- und Feiertag-DUZ durch die Landesregierung.

Die DUZ-Beträge sind 2016 laut SPD nicht nur marginal, sondern deutlich angehoben worden. Damit gibt es aus ihrer Sicht keinen Bedarf an weiteren Verbesserungen.

Ferner sei es erforderlich, die Erschwerniszulagen gleichzubehandeln. Die Dynamisierung nur des Sonntags-DUZ sei deshalb systemwidrig.

Dies sieht die GdP anders: Wenn schon gleichbehandeln, dann doch zum Positiven, nämlich alle dynamisieren! Dass uns als GdP die Anhebung des DUZ nicht genügt, haben wir an einigen Stellen bereits kundgetan. Es gibt derzeit lediglich zwei Bundesländer, die einen marginal geringeren Betrag zahlen, nämlich Niedersachsen und Sachsen mit 3,20 Euro, alle anderen bewegen sich oberhalb von 3,21 Euro.

Die Grünen vertagen eine Beschäftigung mit dem Thema auf die Beratungen zum Doppelhaushalt 2019/2020.

Gegenrechnung der WSD-Zulage

Weiter kritisch sieht die SPD die Forderung der GdP, die Gegenrechnung von WSD-Zulage und Wechselschichtzulage abzuschaffen, da sie (teilweise) denselben Aufwand/Belastung abgelten. Dieser Argumentation folgen die Grünen.

Auch hier vertritt die GdP eine andere Meinung: Die Wechselschichtzulage entschädigt für die gesundheitlichen und sozialen Nachteile durch die wechselnden Arbeitszeiten, die Polizeizulage die Belastungen, die allgemein mit dem Polizeidienst verbunden sind.

Die CDU erwähnt die Petition gegen die Gegenrechnung der beiden Zulagen und hält die Forderung nach der Abschaffung für verständlich. Auch hier blicken die Christdemokra-

Einheitliche Besoldungsstruktur


Der letzte Bereich des finanziellen Fragenkatalogs, nämlich die einheitliche Besoldungsstruktur, wird von der SPD kritisch betrachtet. Sie geht von unterschiedlichen finanziellen Belastungen in den Ländern und dem Bund aus, so dass eine einheitliche Besoldungsgebung nur einschränkend wirken würde. Ähnlich sehen es die Grünen.

Die CDU begrüßt eine einheitliche Besoldungsstruktur, sieht die Umsetzung aber als unwahrscheinlich an. Sie bevorzugt den schnelleren Weg der Nachbesserungen im eigenen Land.

Die FDP steht diesem Gedanken offen gegenüber, allerdings unter Wahrung der Schuldenbremse.

Einheitliche Polizeigesetze

In ihrem Schreiben erläutert die GdP das Erfordernis, die wichtigsten



DEUTSCHE POLIZEI
Ausgabe: **Landesbezirk Rheinland-Pfalz**

Geschäftsstelle:
Nikolaus-Kopernikus-Straße 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
Internet: www.gdp-rp.de
E-Mail: gdp-rheinland-pfalz@gdp.de
Adress- und Mitgliederverwaltung:
Zuständig sind die jeweiligen
Geschäftsstellen der Landesbezirke.

Redaktion:
Bernd Becker (v.i.S.d.P.)
Gewerkschaft der Polizei
Nikolaus-Kopernikus-Str. 15
55129 Mainz
Telefon (0 61 31) 96 00 90
Telefax (0 61 31) 9 60 09 99
E-Mail: bernd.becker@gdp.de

Verlag und Anzeigenverwaltung:
VERLAG DEUTSCHE
POLIZEILITERATUR GMBH
Anzeigenverwaltung
Ein Unternehmen der
Gewerkschaft der Polizei
Forststraße 3a, 40721 Hildern
Telefon (02 11) 71 04-1 83
Telefax (02 11) 71 04-1 74
Verantwortlich für den Anzeigenteil:
Antje Kleuker
Es gilt die Anzeigenpreisliste Nr. 40
vom 1. Januar 2018

Herstellung:
L.N. Schaffrath GmbH & Co. KG
DruckMedien
Marktweg 42-50, 47608 Geldern
Postfach 14 52, 47594 Geldern
Telefon (0 28 31) 3 96-0
Telefax (0 28 31) 8 98 87

ISSN 0170-6470



FRAGEN DER GdP ZU BESOLDUNG UND SICHERHEIT

Immer noch berufen sich die Parteien des Landtags auf die verfassungsgemäße Schuldenbremse.

Bei der Personalstärke und der Besoldung führt diese Politik zu Schäden, die nur mit riesigen Anstrengungen wieder zu reparieren sind.

Bei der IT-Infrastruktur ist eine Jahrhundert-Investition erforderlich.



Eingriffsermächtigungen der Polizeien einheitlich zu regeln, und fragt: Werden Sie sich mit ihrer Partei für weitergehende einheitliche Polizeigesetze des Bundes und der Länder einsetzen?

Bei der Forderung nach einheitlichen Polizeigesetzen führt die SPD die Beschlusslage der IMK an, die sogenannte Hannoversche Erklärung aus 2017. Demnach wird eine Arbeitsgruppe eingerichtet, die sich mit dem Thema beschäftigen wird. Ziel sollen hohe gemeinsame Standards sein, eine Betonung also auch der guten Qualität eines Musterpolizeigesetzes.

Kein einheitliches Polizeigesetz, sondern gemeinsame Standards, immerhin.

Auch die CDU nutzt den Begriff des Musterpolizeigesetzes und spricht sich dafür aus.

Die FDP sieht die Differenzen zwischen den einzelnen Bundesländern als zu groß an, als dass ein einheitliches Polizeigesetz Sinn machen würde.

Die Vertreter von Bündnis 90/Die Grünen tragen tiefergehende Bedenken gegen ein solches Gesetz vor, das den Föderalismus umgehen oder gar aushöhlen könnte und befürchtet die Schaffung von bundesweiten eingriffintensiven Überwachungsmöglichkeiten.

Die GdP vertritt die Forderung nach Vereinheitlichung wichtiger Eingriffsbefugnisse, beispielsweise einer lagebedingten Kontrollmöglichkeit, in Bayern Schleierfahndung genannt. Außerdem kann es nicht sein, dass Grundrechten von Land zu Land unterschiedliche Bedeutung beigemessen wird. Auch die Föderalisierung des Versammlungsrechts ist aus diesem Blickwinkel vollkommen unverständlich.

Polizeiliche IT-Infrastruktur

Im Frühjahr 2017 hat die Innenministerkonferenz ihre Absicht bekundet, eine bessere Vernetzung zu organisieren. Das lässt sich aus unserer Sicht nur

durch eine bundeseinheitliche und zentrale IT-Infrastruktur gewährleisten, die nach einem praxistauglichen Rollen- und Berechtigungskonzept alle Polizeien und benachbarte Dienste vernetzt.

Damit sind gemeint: Vorgangsbearbeitung und -verwaltung, Fallbearbeitung, Fahndung, Personenbezogene Sammlungen, Recherche und Auswertung, Kontrollierte Schnittstellen „nach Europa“ und zu anderen Behörden, dem BAMF zum Beispiel.

Der Bundesebene (BKA) käme die Rolle des „Providers“ zu. Eine föderal organisierte Polizei würde beim Thema Informationsverarbeitung zukunftsfähig.

Unterstützt Ihre Partei eine solche zukunftsweisende Entwicklung?

Bei der letzten Frage zur IT-Infrastruktur sehen alle Parteien einen Bedarf. Die CDU verweist auf den Beschluss der IMK dazu, ebenso die SPD, die den Beschluss aus der Sitzung im November 2016 noch näher ausführt und betont, dass die SPD Rheinland-Pfalz aktiv und gestaltend mitgewirkt habe.

Hoffen wir also, dass der richtige Weg gefunden und finanziert wird. Es wird auf die Fähigkeit des Bundes ankommen, sich auch als Serviceleister zu verstehen, und auf die Fähigkeit der Länder, Vertrauen in diese Dienstleistung zu entwickeln

FAZIT:

Das Finanzministerium rühmt sich damit, 2020 zum ersten Mal die Schuldenbremse einzuhalten und einen strukturell ausgeglichenen Haushalt vorgelegt zu haben. Aber um welchen Preis?

2016 wurden bereits Überschüsse erzielt, dies soll 2017 auch wieder der Fall sein. Scheint, als wollte da jemand Sparweltmeister werden. Die Steuereinnahmen sprudeln (2017: 16,4 Milliarden!), die Wirtschaft wächst, deutsch-

landweit. Die Arbeitslosenzahlen gehen zurück, auch in Rheinland-Pfalz. Der Eindruck, dass die rheinland-pfälzischen Beamtinnen und Beamten an der kurzen Leine gehalten werden sollen, verstärkt sich – insbesondere durch die Antworten der Sozialdemokraten. Das Thema Gute Arbeit, auf das die rheinland-pfälzische Sozialdemokratie sonst so viel Wert legt, findet im eigenen Bereich nicht statt; ebenso ist Fehlanzeige bei der Landes-Strategie gegen den Fachkräftemangel.

Wir erwarten ein konsequentes Umdenken.

Erneuerung, Neustart, Aufbruch. Das sind Vokabeln, wie sie auf der politischen Bundesebene in hoher Frequenz zu hören sind.

Es ist Zeit, zu überlegen, was das für die Landespolitik bedeutet. Jedenfalls darf es nicht bedeuten, dass die Schuldenbremse Maßstab für alles bleibt und die Daseinsvorsorge kaputtgespart wird.

Zusammengefasst und kommentiert von Steffi Loth, Heinz Werner Gabler und Bernd Becker

KURZ & KNACKIG

■ Neues Personalziel: 9520 VZÄ?

Auf Seite 124 der schwarz-roten **Koalitionsvereinbarung** findet sich dieser Absatz zum Thema Sicherheit:

„Bund und Länder haben die personelle Ausstattung der Sicherheitsbehörden bereits vorangebracht. Am Ende dieser Ausbauphase werden insgesamt 15 000 Stellen geschaffen worden sein. Der Bund wird 7500 zusätzliche Stellen schaffen. Wir wollen das Bundeskriminalamt als zentrales Datenhaus im polizeilichen Informationsverbund etablieren und einen gemeinsamen Investitionsfonds für die IT der deutschen Polizei schaffen. Im Bereich der Strafverfolgung werden wir den Datenaustausch zwischen Polizei und Justiz verbessern.“

Die GdP Rheinland-Pfalz geht davon aus, dass der auf Rheinland-Pfalz entfallende Zuwachs zu dem bisherigen Ziel von 9160 im Jahr 2021 hinzuaddiert wird. Nach Königsteiner Schlüssel (4,83 %) wären dies 362,25 VZÄ. **Das neue politische Ziel für die RP-Polizei beläuft sich also auf rund 9520 VZÄ.**



Erfahrung gestaltet selbstbestimmte Zukunft

Die Delegierten der 8. Landesseniorenkonferenz haben am 29. Januar im Kloster St. Jakobsberg in Ockenheim den neuen Landesseniorenvorstand der GdP gewählt. Zum Kernthema der Veranstaltung „Selbstbestimmtes Leben im Alter“ haben kompetente Referenten mitgewirkt.

Erlesene Teilnehmer

Unter dem Motto „Erfahrung gestaltet Zukunft“ nahmen über 60 Teilnehmer, darunter 34 Delegierte, an der Konferenz teil. Der alte Vorstand unter Leitung von Paul Mohr begrüßte eine erlesene Auswahl an Gästen, darunter der ehemalige Bundesseniorenvorsitzende **Heinz Blatt**, seinen Vorgänger als Landesseniorenvorsitzenden **Rainer Blatt**, den derzeitigen Bundesseniorenvorsitzenden der GdP, **Winfried Wahlig**, den stellv. Landesvorsitzenden aus dem Saarland, **Roland Hoffmann**, und den Landesvorsitzenden **Ernst Scharbach**.

und ehemals BePo gerecht werden sollen.

Ausgebuchte Seminare

Das Thema Bildung hatte natürlich auch seinen Schwerpunkt und konnte als ein gelungenes gewerkschaftliches Angebot dargestellt werden. Alle Seminare waren ausgebucht, die Warteliste der Teilnehmer ist lang und die Bestrebungen (auch des neugewählten Vorstandes) liegen darin, die Inhalte und die Anzahl der Seminare auszuweiten.



Joachim Speicher, Abteilungsleiter im MSAGD: „Wir haben gemeinsame Ziele und bleiben im Dialog“.



Ein Antrag findet die Zustimmung der Delegierten.

Richtlinie umgesetzt

Im Rechenschaftsbericht stellte der Vorstand die Tätigkeit der vergangenen vier Jahre vor, in dem es auch einen geordneten Wechsel in der Führungsspitze von Rainer Blatt zu Paul Mohr gab. Schwerpunkte im Bericht lagen dann bei der Umsetzung der neuen Rili für Seniorenarbeit sowie der Unterstützung der regionalen Seniorengruppen bei deren Neubildung; die Rili sieht für die Zukunft vor, dass vor Ort die Arbeit für die Seniorinnen und Senioren verbessert werden soll und dort ebenfalls Vorstände gegründet werden sollen, die unter anderem auch dem neuen Wohnortprinzip, also der Betreuung der Seniorinnen und Senioren aus den Bereich HdP, LKA, WSP

Josef Schumacher ist neuer Vorsitzender

Die Neuwahlen des Vorstandes ergaben ein komplett neues Bild, da **Paul Mohr**, **Marlis Müller** und **Werner Burkard** nicht mehr zur Wiederwahl antraten. Unter professioneller Versammlungsleitung durch **Markus Stöhr** ergaben die Neuwahlen zum Vorstand nachfolgendes Ergebnis: neuer Landesseniorenvorsitzender: **Josef Schumacher** (BG Trier); zum Stellvertreter wurde gewählt: **Horst Müller** (KG Neuwied-Altenkirchen – Gewerkschaftssekretär und Abteilungsleiter im GdP-Bundesvorstand); Schriftführer: **Ernst Marx** (Hochschule der Polizei); stellvertretender Schriftführer: **Heinz Rahm** (BG Westpfalz).

Alle neu gewählten Vorstandsmit-



DGB-Chef Dietmar Muscheid: „Koalition muss Verbesserungen bei der Pflege bringen.“



LANDESKONFERENZ DER GdP-SENIOREN



Routinierte Versammlungsleitung mit Markus Stöhr (2. v. l.)



Dankeschön an die beiden Vorsitzenden der abgelaufenen Wahlzeit: (v. l. n. r.): Paul Mohr, Josef Schumacher, Rainer Blatt.

glieder nahmen die Wahl an und ver-schrieben sich für die Zukunft einer Weiterentwicklung der Seniorenarbeit im Sinne der Richtlinie und der Satzung der GdP. Schwerpunkt soll laut Josef Schumacher dabei die Weiterentwicklung der Aufbauorganisation, die Bildungsarbeit sowie die individuelle Unterstützung für ein selbstbestimmtes Leben im Alter sein.

Zum Abschluss des Vormittag, dankte Josef Schumacher den ausge-schiedenen Mitgliedern des alten Vorstandes und schloss dabei auch Rainer Blatt in seiner Dankesrede mit ein.

Unterschiede der Ergebnisse der Sondierungsgespräche zwischen CDU, Grünen und FDP auf der einen sowie Union und SPD auf der anderen Seite hin. Er sah in den Festlegungen im Sondierungsvertrag positive Ansätze aber noch keinen wirklichen „Neu-start“. Ob und wie es in einer neuen „GroKo“ zu Verbesserungen im Gesundheits- und Pflegewesen kommen würde, war zum Zeitpunkt der Ver-sammlung noch unklar.

Ministerin leider verhindert

Als Topreferentin des Tages war Gesundheits- und Sozialministerin **Sabine Bätzing-Lichtenthäler** ange-kündigt.

Leider musste die Ministerin we-gen ihrer Mitwirkung an den Koalitions-verhandlungen in Berlin absagen. Sie wurde aber durch den Abteilungsleiter Soziales im Ministerium für Soziales, Arbeit, Gesundheit und Demografie, **Joachim Speicher**, kom-petent vertreten.

Speicher machte mit seinem Bei-trag zum Thema „Selbstbestimmtes Leben im Alter!“ deutlich, dass es bei Gesundheit und Pflege Verbesse-

rungs- und Handlungsbedarf gibt. Er betonte das Angebot des Ministeri-ums, den Dialog mit den Gewerk-schaften zu führen, um gemeinsam Fortschritte zu erreichen.

Aus den Reihen der Teilnehmer kam großes Lob für eine informative und ab-wechslungsreiche Veranstaltung. Der neu gewählte Vorsitzende Josef Schu-macher bedankte sich seinerseits bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern und schloss die Veranstaltung.

Die Landes-GdP und die Redaktion der DP wünschen alles Gute für die Vorstandsarbeit der kommenden Jahre.

Hochkarätige Referenten

Die Nachmittagsveranstaltung er-öffnete der neue Vorsitzende Schuma-cher mit Impulsen zu den Themen Ge-sundheit, Pflege und selbstbestimmtes Wohnen. Er berichtete über erste Er-fahrungen der Bezirksgruppe Trier mit einem Konzept zur individuellen Be-treuung von Senioren durch Senioren.

Dietmar Muscheid, Vorsitzender des DGB-Bezirks Rheinland-Pfalz/ Saarland, spannte einen weiten Bo-gen über die derzeit laufenden Koalitions-verhandlungen und wies auf die

KURZ & KNACKIG

■ Koalitionsvertrag zur Pflege liegt vor

Kurz vor Redaktionsschluss war es so weit: Der 177-seitige Vertrag der neu aufgelegten großen Koalition (mit dem Vorbehalt des Mit-gliedervotums der SPD) lag vor. Zur Pflege verdient die Vereinba-rung nach erster Sichtung keines-falls das Prädikat „Aufbruch“ und schon gar nicht die Überschrift „Neustart“. Die Schaffung von 8000 neuen Stellen und die Bemü-hungen um eine bessere – tarifge-bundene – Bezahlung sind ein er-ster Schritt und die richtige Absicht.

Eine interessante Statistik in die-sem Zusammenhang: Während Frauen in Schweden jenseits des 65. Geburtstages noch durch-schnittlich 14,6 gesunde Jahre (Tendenz steigend) vor sich haben, sind es in Deutschland nur 6,9 (Tendenz fallend). Für Männer gilt der gleiche Abstand auf etwas niedrigerem Niveau. (Quelle: Prof. Uta Meier-Gräwe, Uni Gießen)



Der neue Vorstand und die ersten Gratulanten – v. l. n. r.: Bundesseniorenvorsitzender Winfried Wahlig, stellv. Schriftführer Heinz Rahm, Schriftführer Ernst Marx, Vorsitzender Josef Schumacher, stellv. Vorsitzender Horst Müller und GdP-Landesvorsitzender Ernst Scharbach



Erörterungsbedarf bei Zentralisierung „zNuE“

In der Februarsitzung des Hauptpersonalrates wurden diese Themen behandelt:



Berichte

- Das MdI und die AG GAP haben in zwei Veranstaltungen alle Dienstgruppenleiter über den Sachstand und die Ziele informiert. Die beiden Veranstaltungen verliefen unterschiedlich. Das Thema Personal-mangel überschattete die Diskussion über die Verteilung von Arbeitszeit und die Dauer der Schichten. In beiden Veranstaltungen hat der Vertreter des Hauptpersonalrates die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung betont.
- Die AG Mitteldistanzwaffen nimmt jetzt ihre Arbeit auf. Der Hauptpersonalrat Polizei entsendet einen Teilnehmer.
- In mehreren Workshops hat eine AG aus sachverständigen Kolleginnen und Kollegen den Anforderungskatalog für das WSD-Planungs-Tool „TempusPEP“ erstellt. Das Ergebnis wird der AG GAP übermittelt.
- Polizeibehörden erhalten die Möglichkeit, aus dem „Kontingent Audi A4“ Fahrzeuge in der Ausstattung für Pkw-Fu zu beschaffen. Insofern war der entsprechende Hinweis des HPRP an das MdI erfolgreich.
- Das weitere Vorgehen bei der Umsetzung der Evaluationsergebnisse für die Kriminalpolizei wurde vom MdI in einem Schreiben an die Behörden geregelt. Die Maßnahmen bei der ZKI erfolgen zum 1. 4. 2018, die Maßnahmen bei den Klen zum

1. 4. 2019. Im Laufe des Jahres soll das Rundschreiben über die Zuständigkeiten entsprechend angepasst werden.

Seminare an der DHPol

Der HPRP hat der Beschickung von Seminaren an der DHPol zugestimmt.

Auswahlverfahren 4. Einstiegsamt

Der HPRP hat der Ausschreibung und dem Auswahlverfahren für Bewerber zum 4. Einstiegsamt zugestimmt.

Als Einzelfallregelung soll zwei Bewerbern die Möglichkeit zum Aufstieg über ein externes berufsbegleitendes Kriminalistikstudium gegeben werden.

Das externe Studium über 30 Monate (80 Präsenztage) ersetzt lediglich das Studienjahr an der DHPol. Die Bewerber nehmen zusätzlich an den Modulen des 1. Studienjahres mit Bezug zum Einsatzmanagement teil. Es wird eine mindestens fünfjährige Verwendung in der Kriminalpolizei vorausgesetzt.

Zentralisierung von Notrufannahme und Einsatzmanagement

Das Projekt zNuE soll nach dem in Mainz erprobten Muster auf den Rest des Landes ausgeweitet werden. Als nächstes soll das PP Koblenz in die Umsetzung gehen. Das Projekt

scheint im Sachhaushalt abgesichert zu sein.

Vor dem Hintergrund, dass auch in 2018 die „Wende“ bei der Personalstärke offenbar nicht erreicht wird und angesichts des erheblichen Personalbedarfs durch die zentrale Einsatzsteuerung sieht der Hauptpersonalrat Erörterungsbedarf mit dem Innenminister und hat nicht zugestimmt.

Landesweites Lizenz- und Assetmanagement

Eine Vertreterin des MdI und der Geschäftsführer der beauftragten Firma erläutern, wie künftig für die gesamte Landesregierung die Microsoft-Lizenzen verwaltet werden sollen. Es geht dabei um die Automatisierung des Erfassens, Zählens und Meldens von MS-Lizenzen. Nach innen geht es darum, wirtschaftlich mit den Lizenzen umzugehen und den Bedarfen an den verschiedenen Stellen gerecht zu werden. In den nächsten Jahren werde es zunächst um die Herstellung von Transparenz und die Feststellung des IST-Standes von Lizenzen und Hardware jeglicher Art gehen.

Der HPRP sieht weiteren Erörterungs- und Aufklärungsbedarf im Hinblick auf die Auswirkungen auf die Verfügbarkeit von Lizenzen und Hardware im Polizeidienst.

Bericht über Auslandseinsatz

Der Kollege Markus Jahnke vom Landeskriminalamt berichtet über seinen Einsatz zur Polizeiausbildung in Mali im Rahmen der UN-Mission MINUSMA.

Einigungsverfahren Falschbetankung

In einem Einigungsverfahren des PP Westpfalz wegen Regressnahme in einem Fall von Fehlbetankung hat sich der Hauptpersonalrat der Meinung des Gesamtpersonalrates angeschlossen und die Inanspruchnahme des Kollegen abgelehnt.

Ernst Scharbach, 06131-16-3365
Margarethe Relet, -3378
Heinz Werner Gabler, -3379
Bernd Becker, -3380
Gabriele Schramm, -3381



Wussten Sie schon?

...dass bei AROSA-Flusskreuzfahrten...

...Kinder in Begleitung eines Erwachsenen übrigens bis zum 15. Lebensjahr kostenfrei reisen und sie werden je nach Interesse und Wetter fast rund um die Uhr betreut. Lehnen Sie sich also zurück und genießen Ihre Reise auf unseren modernen und luxuriös ausgestatteten Schiffen, während Sie Ihre Kleinen ganz in Ihrer Nähe in guten Händen wissen. Entdecken Sie mit Ihren Kindern gleich mehrere Städte und Naturwunder auf einer einzigen Reise und erfahren viele interessante Geschichten über die historischen Orte entlang märchenhafter Wasserstraßen.

Auf den A-ROSA Familienkreuzfahrten bieten wir ganz besondere Angebote für Familien. Wählen Sie zwischen Kabinen aller Kategorien, wahlweise mit Zusatzbett oder einer großzügigen Familienkabine. Dazu gibt es das A-ROSA Premium alles inklusive-Paket mit Gourmet-Buffets und Live-Cooking, ganztägig hochwertiger Getränkeauswahl, 15% Ermäßigung auf SPA-Anwendungen, kostenfreies WLAN an Bord und vieles mehr.

Fahren Sie doch einmal auf der Mosel

ab Köln – Trier – Koblenz – Köln

Wir haben Ihnen zwei Familientermine herausgesucht

14.07. – 19.07.2018 A-ROSA FLORA ab 1.149,- p.P., 2-Bett Außenkabine (Kind bis 15 Jahre frei)

28.07. – 02.08.2018 A-ROSA FLORA ab 1.149,- p.P., 2-Bett Außenkabine (Kind bis 15 Jahre frei)

Flusskreuzfahrt auf dem Rhein

9 Nächte ab Köln über Hoom, Harlingen, Lelystad, Amsterdam, Rotterdam, Gent, Terneuzen, Antwerpen und Nijmegen nach Köln.

19.07. – 28.07.2018 - A-ROSA FLORA ab 1.649,- p.P., 2-Bett Außenkabine (Kind bis 15 Jahre frei)

Donauklassiker

5 Nächte ab Passau (Engelhartzell – Wien- Budapest - Bratislava – Wachau – Linz – Engelhartzell (Passau))

30.10. – 04.11.2018 A-ROSA Bella ab 879,- p.P., 2-Bett Außenkabine (Kind bis 15 Jahre frei)

Wir haben noch mehr Familientermine für Sie.

Warum sollte ein erholsamer Urlaub nur allein oder zu zweit möglich sein? Familien sind bei uns gern gesehen. In unseren Familienkabinen gibt es ein großzügiges Doppelbett und – durch eine Verbindungstür getrennt – zwei vollwertige Einzelbetten. So können Sie ganz nach Bedarf Rückzugsorte schaffen oder ein munteres Familienleben pflegen.

Bei zwei Erwachsenen (Vollzahler) und zwei Kinder bis 15 Jahren, bekommen die Kinder eine Kabine neben den Eltern und die Kinder reisen frei. Hier können Sie richtig sparen.





PSW-Reisen
DIE WELT EROBERN



Thomas Cook
Reisebüro

Bei uns können Sie sich noch große Sprünge leisten!

Frau Alexandra Grün
Tel.: 06703 - 305 502
Fax: 0711 - 57 99 12

www.psw-reisen.de
agruen@psw-reisen.de



SPD will sich um HdP kümmern

„Mit Ihrem früheren Kollegen Wolfgang Schwarz haben Sie in unserer Fraktion einen hartnäckigen Fürsprecher.“ Mit diesen Worten empfing der Vorsitzende des „AK-Innen“, Hans-Jürgen Noss, die GdP-Delegation zum Gespräch.



Besuch beim AK-Innen der SPD-Landtagsfraktion – von rechts: Vorsitzender Hans-Jürgen Noss, Polizeisprecher Wolfgang Schwarz, Sabrina Kunz, Heinz Werner Gabler, Heike Scharfenberger, Michael Hüttner, Markus Stöhr, Bernd Becker
Foto: Andreas Sackreuther

Das konnte die GdP-Experten aber nicht davon abhalten, den Innenpolitikerinnen und Innenpolitikern in einem Themengalopp jede Menge Forderungen, Handlungsbedarfe und Hintergründe näherzubringen.

Noch mehr Einstellungen erforderlich

Von den ansteigenden Abbrecherzahlen der Studierenden an der HdP hatte man schon gehört und kündigte an, sich vor Ort an der HdP ein Bild machen zu wollen. Heinz Werner Gabler schrieb den Mitgliedern der Regierungsfraktion ins Stammbuch: „Wir sind uns sicher, dass mittlerweile auch die schlechten Anwärterbezüge ein Grund für die Probleme bei der Nachwuchsgewinnung sind. Auf jeden Fall müssen die Einstellungszahlen noch einmal steigen, damit es 500 Absolventinnen und Absolventen gibt.“

Sabrina Kunz steuerte ein flammendes Statement für die Qualität der rheinland-pfälzischen BA-Ausbildung bei und schloss mit der Forderung nach Verbesserung der Rahmenbedingungen für die Lehre; Stichworte: Ausweitung der Unterbringungsmöglichkeiten und Räumlichkeiten für die Lehre, vom Hörsaal über das Tagungszentrum bis zur Lehr-Leitstelle.

Übernahme zivilrechtlicher Ansprüche

Anerkennung gab es von der GdP für die bereits verabschiedete Rege-

lung zur Übernahme von Schadenersatzansprüchen durch den Dienstherrn. Es komme allerdings jetzt auf die Ausgestaltung an, erläuterte GdP-Sekretär Markus Stöhr. Man verabredete, zu dem Thema in Verbindung zu bleiben.

Defizite bei Besoldung und Zulagen

Sehr eindringlich wurde Beamtenrechtlich Sachmann Heinz Werner Gabler bei den Themen Besoldung und Zulagen. Die der Schuldenbremse gehorchenden Fehler der Vergangenheit müssten wieder ausgeglichen werden, forderte er und wies auf die angekündigten Anstrengungen des Landes Berlin hin. Gabler: „Wenn die das umsetzen, hat Rheinland-Pfalz endgültig die rote Laterne“.

Wir wollen die Heilfürsorge

Bernd Beckers Aufgabe war es, ein Sammelsurium von Fachthemen vorzutragen und auf das Thema Gesundheit einzugehen. Becker: Die Abteilung 6 (Zentralstelle Gesundheit) des neuen PP ELT ist ein Schritt in die richtige Richtung, aber das muss jetzt mit Leben erfüllt werden. Das kostet Geld und Stellen.

Zuversicht strahlten die Sozialdemokraten beim Thema Heilfürsorge aus. Polizeisprecher Wolfgang Schwarz: „Die SPD-Fraktion will die Heilfürsorge für alle einführen. Wir rechnen im Frühjahr mit richtungweisenden Entscheidungen“.

WIR GRATULIEREN ZUM GEBURTSTAG

70 Jahre

Hans-Dietrich Oelbracht,
Peter Richter und Franz Zils,
KG Rhein-Nahe

Erhard Jakobs,
KG Neuwied/Altenkirchen

Manfred Koenig,
KG PP/PD Koblenz

75 Jahre

Heinz-Peter Dupont,
KG PD Worms

Reinhold Haffner,
KG PP ELT Enkenbach

Gerd Roth,
KG PD Pirmasens

Gabriele Groh,
KG PP/PD Mainz

80 Jahre

Paulinus Diewald,
KG PD Mayen

Alfred Kempa,
KG PD Trier

WIR TRAUERN UM

Margot Schulz,
84 Jahre,
KG PP ELT Enkenbach-A.

Paul Studenski,
75 Jahre,
KG PD Worms

Waltraud Hinz,
78 Jahre,
KG PP Trier

Wir werden ihnen ein ehrendes Andenken bewahren.

